



Leitartikel

von Walter Hämmerle

Gesucht: Helden des Alltags

Zorn macht nicht nur verbittert, Zorn treibt auch immer mehr Menschen in ihrem politischen Handeln an. Islamistische Terroristen, fanatische Tiereschützer, die Anhänger der Tea-Party-Bewegung in den USA gegen Barack Obama, die Demonstranten gegen den Neubau des Stuttgarter Bahnhofs, die zunehmend gewalttätigen Proteste gegen die Pensionsreform in Frankreich...

In Österreich ist der Zorn – nationalcharakterlich bedingt – zum Frust herabgestuft, vulgo auch Gesudere genannt. Von einem „heiligen Frust“ lässt sich demnach schlecht sprechen – vielleicht liegt hierin eine tiefere Ursache für unsere Unfähigkeit, ernsthafte Debatten über ernsthafte Themen zu führen. Wir gleiten allzu leicht ins Weinerliche, Beleidigte ab.

Zweifellos fungiert aber auch hierzulande der Frust als eine der stärksten politischen Triebfedern. Das Wiener Wahlergebnis oder die Proteste der Studenten sind nur zwei aktuelle Beispiele. Die Liste ließe sich noch lange fortsetzen.

Über die Rolle der Medien in dieser Entwicklung ließe sich trefflich streiten. Auch in Österreich sind sie in ihrem biedereren Doppelpass-Spiel mit den jeweils Scheinmächtigen wohl nicht ganz schuldlos.

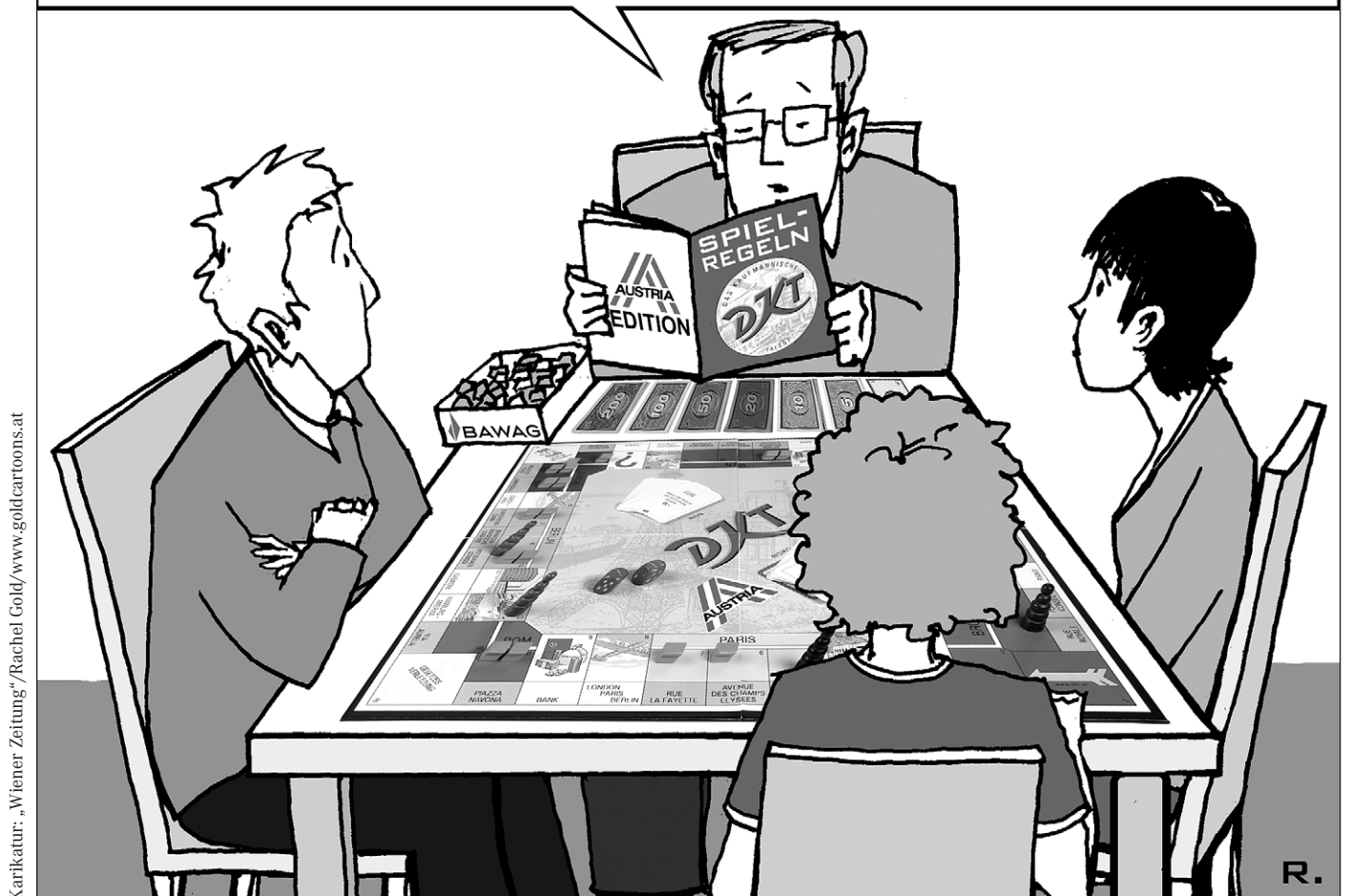
Arianna Huffington, Mitbegründerin und Chefredakteurin der linksliberalen Online-Zeitung „The Huffington Post“, setzt nun dem Zorn der US-Bürger eine bemerkenswerte Initiative entgegen: Täglich will die „HuffPost“ künftig die „Greatest Person of the Day“ küren, quasi einen Helden des Alltags. Gesucht werden Bürger, die sich nicht länger mit ihrer Rolle als taten- wie willenlose Opfer der übergeordneten polit-ökonomischen Zusammenhänge abfinden und deshalb selbst die kleineren und größeren Probleme ihres Alltags in die Hand nehmen. Zu Hause, in der Nachbarschaft, in der Gemeinde oder im Land.

Dieses hohe Lied auf die Kraft von Gemeinschaft, Individualismus und Solidarität rührt natürlich an die Ur-Instinkte der US-Gesellschaft – zumindest an die Mythologie des „American Way of Life“. In Österreich können wir uns darüber lustig machen oder davon lernen. Leider aber sagen hierzulande die Bürger so gut wie nie „Yes, We Can“ sondern meistens nur „Der Staat soll“.

Alle Beiträge dieser Rubrik unter: www.wienerzeitung.at/leitartikel
leitartikel@wienerzeitung.at

Austria-DKT

KURZES SPIEL: EIN SPIELER HAT DIE BANK. ER GEWINNT.



Karikatur: „Wiener Zeitung“/Rachel Gold/www.goldcartoons.at

■ Gastkommentar

Enteignung des Mittelstands?

Von Christian Felber

Das Budgetdefizit beläuft sich laut Bundesfinanzrahmengesetz heuer auf 13,2 Milliarden Euro, nächstes Jahr auf mehr als 10 Milliarden. Um ein ausgeglichenes Budget zu erzielen, gibt es zwei Wege: 13 Milliarden Euro einsparen oder 13 Milliarden Euro mehr Steuern einheben. Oder eine Kombination aus beidem.

Ein Blick in die Geschichte liefert Anhaltspunkte. Im

Auch Österreich hat jetzt die historische Wahl: Entweder wir tasten die überflüssigen Reichtümer der Wohlhabendsten auch weiterhin nicht an und sparen uns in die Rezession. Oder wir wandeln einen Teil des Geldes in reale Investitionen, Arbeitsplätze, Einkommen und neue Steuern um. Das Gesamtvermögen der Privathaushalte beläuft sich in Österreich auf 1,2 Billionen Euro. Da die obersten 10 Prozent rund 60 Prozent des Gesamtvermögens besitzen, haben sie rund 720 Milliarden Euro. In Krisenzeiten wie diesen ist es zumutbar, sie mit durchschnittlich 1,5 Prozent zu besteuern (ab einem Vermögen von etwa 300.000 bis 500.000 Euro). Das ergäbe 10,7 Milliarden Euro und hätte großes Budgetsaniierungspotenzial. 90 Prozent der Bevölkerung bleiben steuerfrei. Da sie nur rund ein Drittel des Vermögens besitzen, existiert der viel bemühte „Vermögensmittelstand“ gar nicht!

Ergänzend könnte eine moderate Erbschaftsteuer, die das jährlich vererbte Vermögen mit durchschnittlich 10 Prozent besteuert, 1,5 Milliarden einbringen, eine österreichische Finanztransaktionssteuer 1,7 Milliarden sowie eine gezielte Bankenabgabe (0,15 Prozent der Bilanzsumme unter Ausnahme der Kredite

und des Eigenkapitals) 1,2 Milliarden. Macht in Summe 15 Milliarden Euro – etwas mehr als das aktuelle Budgetdefizit. Ein Teil der Steuereinnahmen könnte in sinnvolle Arbeitsplätze investiert werden: in Bildung (freier Hochschulzugang), Gesundheit und Pflege (Menschlichkeit), öffentlichen Verkehr (Lückenschluss), thermische Gebäudesanierung, erneuerbare Energieträger, ökologische Landwirtschaft. In Summe

„Mit entsprechenden Steuern könnte man das aktuelle Budgetdefizit ausgleichen.“

könnten damit 250.000 Arbeitsplätze geschaffen werden, wie es die zivilgesellschaftliche Kampagne „Weg aus der Krise“ genau vorrechnet.

Lässt man das Vermögen unangetastet in der Hand der reichsten 10 Prozent, werden es diese weder konsumieren noch „real“ investieren, sondern auf die Finanzmärkte schicken, wo es fröhlich neue Blasen bildet und weitere Krisen produziert. ■

Christian Felber ist Mitbegründer von Attac und freier Publizist. Soeben erschien „Die Gemeinwohl-Ökonomie. Das Wirtschaftsmodell der Zukunft“.

gastkommentar@wienerzeitung.at

Obenstehender Gastkommentar gibt ausschließlich die Meinung des betreffenden Autors wieder und muss sich nicht zwangsläufig mit jener der Redaktion der „Wiener Zeitung“ decken.

Zitate zum Freitag

„Ich tue das nicht aus ideologischen Gründen. Ich tue das, weil es meine Pflicht ist.“
Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy über die Pensionsreform

„Farinas hat beeindruckenden Mut und Entschlossenheit bei der Verteidigung seiner Ideale gezeigt.“
Die EU über die Verleihung des Sacharow-Preises an den kubanischen Regimekritiker

„Den Preis dreimal in den letzten 20 Jahren an einen Kubaner zu vergeben, erscheint mir etwas viel, das ist ein politisches Signal, das den Sacharow-Preis entwertet.“
Eine EU-Abgeordnete

„Frankreich gehört nicht den Randalierern.“
Innenminister Brice Hortefeux

„Einige nutzen Teile unseres Landes als Schlachtfeld, das ist so nicht hinnehmbar.“
Derselbe

„Ich war nie ein richtiges Mädchen, ich war ein wüster Schläger.“
Hannelore „Loki“ Schmidt (84), Ehefrau des deutschen Alt-Kanzlers Helmut Schmidt, über ihre Jugend

„Die Rot-Weiß-Rot-Card ist, glaube ich, ein Schritt in die richtige Richtung.“
Österreichs Bundespräsident Heinz Fischer über die neuen Regeln zur Immigration

„Als ich die Kapsel nach oben kommen gesehen habe, war es ein irrsinnig gutes Gefühl.“
Heinrich Tilz bediente die Seilwinde, die die chilenischen Kumpel aus der Tiefe holte

■ Frisch gestichelt

Unschuldsumutung

Zwei Floskeln gehen mir zunehmend auf die Nerven: der – aus juristischen Gründen natürlich unbedingt nötige – Zusatz „Es gilt die Unschuldsumutung“, wenn zuvor ein massiver Schuldverdacht, wenn nicht eine Art Vorverurteilung, geäußert wird; und die Phrase vom „Schritt in die richtige Richtung“, wenn dort eine winzige Verbesserung eintritt, wo die Probleme schon lange nach einer umfassenden Lösung schreien.

Dazu kommt, dass der „Schritt in die richtige Richtung“ meist nur dann erfolgt, wenn der Karren schon so weit im Dreck steckt, dass man ihn sonst gar nicht mehr flott bekommen würde, und erst, wenn Betroffene massiv Druck machen. Setzen manchmal Politiker von sich aus echte Schritte in die richtige Richtung? Ich fürchte, da gilt eher im wahrsten Sinn des Wortes die Unschuldsumutung. **Heiner Boberski**

satire@wienerzeitung.at

■ Kratkophon

In Niederösterreich wird jetzt sehr viel gelesen, doch nicht die Bücher fesseln uns're Interessen – es sind die Trauben an die wir glauben denn die sind stets der schönste Zeitvertreib gewesen!